

Erscheint jede Woche

Samstags / Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk., durch die Post ins Haus gebracht 1.12 Mk. / Mitglieder des Gewerbevereins für Nassau erhalten das Blatt umsonst / Alle Postanfragen nehmen Bestellungen entgegen

## Mitteilungen für den Gewerbeverein für Nassau

Verkundigungs-Organ der handwerkskammer Wiesbaden

Die Anzeigengebühr

beträgt für die sechsgepalte Petrolle 40 Pfg.; kleine Anzeigen für Mitglieder 30 Pfg. / Bei Wiederholungen Rabatt / für die Mitglieder des Gewerbevereins für Nassau werden 50 Prozent Sonder-Rabatt gewährt

herausgegeben

vom Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau

Wiesbaden, 25. Mai

Anzeigen-Annahmestelle:

Hermann Rauch, Wiesbaden, Friedrichstr. 30, Telefon 636

**Inhalt:** Ehrentafel — Gewerblich-techn. Bücherei — Die Geschäftsstellen der Kreisverbände — Zum Arbeitskammergesetzentwurf — Ueber Quarzt im Westerwalde (Schluß) — Freiwillige Sparmetallabgabe — Staatliche Verbürgung für zweite Hypotheken — Zur Beruhigung des eisenverarbeitenden Handwerks — Der Ertrag wichtiger Nuthölzer — Vorsicht in Rechtsangelegenheiten — Genossenschaftliches — Staatliche Leimversorgung — Handwerkskammer.

### Ehrentafel

Auf dem Felde der Ehre  
selen:

Leutnant Hartmann, Sohn des Mitgliedes Stadtoberordneten Hartmann in Wiesbaden.

Rehgermeister H. Buschmann, Mitglied des Gewerbevereins Friedrichsdorf.

Ehre ihrem Andenken!

**Gewerblich-technische Bücherei  
des Gewerbevereins für Nassau  
mit Besessal und Auslage der Patentschriften.  
Wiesbaden, Rheinstraße 42.**

Öffnungszeiten: Täglich mit Ausnahme von Samstags, nachm. von 3—6 Uhr.

### Zum Arbeitskammergesetzentwurf

Im folgenden geben wir einen zusammenfassenden Ueberblick über die wichtigsten Bestimmungen des Arbeitskammergesetzentwurfs, seine Aufgaben und seinen Wirkungsbereich.

Eine Vorlage über Arbeitskammern hat schon im Jahre 1910 den Reichstag beschäftigt, kam aber damals nicht zustande, da die verbündeten Regierungen zwei von Zentrum und Sozialdemokraten in den Entwurf hineingebrachten Bestimmungen, betr. Wählbarkeit der Berufsvereinsbeamten (Unternehmerverbände und Arbeitersekretäre) zu den Kammern und betr. Unterstellung der Eisenbahnwerkstätten unter die Geltung des Gesetzes, für unannehmbar erklärt hatten. Die jetzt dem Reichstag zugegangene Vorlage, die einen wichtigen Bestandteil des vom Reichskanzler am 20. November 1917 verkündeten innerpolitischen Reformprogramms bildet und gewissermaßen vorbereitet wurde durch einen von den freien, christlichen, kirchlich-demokratischen und polnischen Gewerkschaften in Gemeinschaft mit mehreren Angestelltenverbänden aufgestellten und der Öffentlichkeit unterbreiteten Arbeitskammergesetzentwurf, trägt in jenen beiden grundsätzlichen Fragen den Wünschen des Reichstags Rechnung. Die Begründung beruft sich auf die Kriegserfahrungen als ausreichenden Grund dafür, daß die früheren Bedenken gegen die

## Die Geschäftsstellen der Kreisverbände für Handwerk und Gewerbe

erteilen Rat und Auskunft und gewähren Beistand

in allen wirtschaftlichen, technischen, rechtlichen und sozialen Angelegenheiten für Handwerk und Gewerbe, insbesondere auch in der Rohstoff-, Arbeits- und Kreditbeschaffung,

Hilfsdienstpflicht, Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge u. a.

Benutzung für Jedermann, für Mitglieder gebührenfrei

Übersicht über die Geschäftsstellen und Benutzungszeiten.

Kreisverband	Sitz der Geschäftsstelle	Straße und Hausnummer	Sprechstunden	Name des Geschäftsführers
1. Biedenkopf . . .	Biedenkopf . . .	Schulstr. 25 II.	Sonntagvorm. 10—12 Uhr	Techniker Schmidt
2. Dillkreuz . . .	Dillenburg . . .	Dranienstr. 30.		Kreisbaumeister Röber
3. Höchst a. M. . .	Höchst a. M. . .	Kaiserstraße 8.	Mittwochnachm. 6—7 Uhr	Rebent Hartleib
4. Limburg a. L. . .	Limburg a. L. . .	Altes Schloß Domplatz	Verlagsvorm. 8—12 Uhr	Fortbildungs-Schulleiter Dücker
5. Oberlahn . . .	Weilburg . . .			Vorsitzender Schneidermeister E. Schäfer
6. Ober-Taunus . . .	Bab. Homburg v. d. H.			Hoffpenglermeister J. Schenkerlein
7. Rheingau . . .	Elzville . . .	Schwalbacherstr. Schulhaus Zimmer 9	Montag, Dienstag, Mittwoch u. Freitag 6—7 n.	Architekt Bruns
	Oestrich . . .	Schulhaus . .	Donnerstag von 8—9 Uhr abends	
	Rüdesheim . . .	Feldstraße 23a.	Montag, Dienstag, Freitag und Samstag 10—12	
8. St. Goarshausen .	Oberlahnstein . .			Vors. Buchdruckereibesitzer Ed. Schidel
9. Unterlahn . . .	Diez . . .	Draniensteinerstraße 11	Montag, Mittwoch und Freitag von 1—6 Uhr nachm.	Techniker Augenbuch
10. Untertaunus . .	Langenschwalbach, angeschlossen an das Sprechstunden werktags von 3—6 Uhr nachmittags, außer Samstags.			Handwerksamt Wiesbaden, Rheinstraße 42.
11. Unterwesterwald.	Montabaur . . .	Rathaus . . . Privatwohnung	Tägl. 9—12, 2—6 Sonntags 11 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> —12 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> v.m.	Bürgermeister Reib
	Grenzhausen . .	Lindenstraße 9	Jederzeit	Werkm. Fleckenstein
	Höhr . . .	Rheinstraße . .	Jederzeit	Schreinermeister Jungbecker
	Selters . . .	Geschäftszimmer d. Bürgermeisters	8—12 Uhr vorm. 2—6 „ nachm.	Beigeordneter Sahm
12. Ufingen . . .	Ufingen . . .			Vorsitzender Bürgermeister Vismann
13. Wiesbaden-Land	Biebrich . . .	Rathaus Zimmer Nr. 40	Werktags 8—12 u. 3—6, mit Ausn. Samstag nachm.	Architekt Schenk



**Mitgliedschaft von Berufsvereinsbeamten** fallen gelassen seien. Bei den Arbeiterssekretären ist die Wählbarkeit zu den Kammern u. a. an die Bedingung geknüpft, daß sie seit mindestens einem Jahre in dem Arbeitskammerbezirk wohnen; sie müssen ferner den Gewerbebezügen, für welche die Arbeitskammern errichtet sind, wenigstens drei Jahre hindurch als Arbeiter angehört haben. Damit der Charakter der Arbeitskammern als einer Pflegestätte der gemeinschaftlichen Interessen von Unternehmern und Arbeitern und einer Vermittlungsstelle bei Interessengegensätzen gewahrt bleibe, ist bestimmt, daß die Zahl der Berufsvereinsbeamten nicht mehr als je ein Viertel der Vertreter der Unternehmer und Arbeiter betragen darf. Hinsichtlich der Einbeziehung der Staatsarbeiter geht die jetzige Vorlage über die Reichstagsbeschlüsse von 1910 noch hinaus, indem nicht nur die Eisenbahnwerkstätten, sondern der gesamte Eisenbahnbetrieb und überhaupt die öffentlichen Betriebe des Reichs, der Staaten und der Gemeinden, die zwar nicht unter die Gewerbeordnung fallen, aber auf Gewinnerzielung gerichtet sind, dem Gesetz unterstellt werden. Eine wichtige Einschränkung erfährt diese Vorschrift (§ 6) durch § 13, welcher bestimmt, daß für die Eisenbahnunternehmungen des Reichs- und der Bundesstaaten sowie für die Post- und Telegraphenverwaltungen wegen des großen Umfangs der Betriebe und wegen ihrer hervorragenden Bedeutung für das öffentliche Wohl besondere Kammern, und zwar in Gestalt der vielfach bereits bestehenden Arbeiterausschüsse dieser Verkehrsanstalten unter bestimmten Voraussetzungen in Aussicht genommen sind.

Jedoch ergeben sich hier bereits einige wichtige Unterschiede gegenüber dem Gewerkschaftsentwurf. Dessen Standpunkt in der Frage der Arbeiterausschüsse, nämlich die auf Grund des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst in allen größeren Betrieben errichteten Arbeiterausschüsse zu übernehmen und zu erhalten, teilt der Regierungsentwurf nicht. Nach der Begründung soll vielmehr die Regelung dieser Frage einem besonderen Gesetz vorbehalten bleiben. Was sodann den Personenkreis des Entwurfs anlangt, so bringt er gegenüber den Reichstagsbeschlüssen von 1910 teils eine Erweiterung, wie oben erwähnt, teils eine Einschränkung, indem die kaufmännischen und technischen

Angestellten eine eigene Vertretung nicht als Abteilung der Arbeitskammern, wie 1910 beschlossen worden war, sondern durch Errichtung besonderer Angestelltenkammern erhalten sollen. Ein entsprechendes Reichsgesetz befindet sich bereits in Vorbereitung. Diese Regelung entspricht den wiederholt zum Ausdruck gebrachten Wünschen der weit überwiegenden Mehrheit der Angestellten, sie berücksichtigt auch die sozialen Unterschiede und die besondere Stellung, welche vielfach die Angestellten der gewerblichen und der kaufmännischen Betriebe einnehmen. Mit ihrer fest umrissenen Abgrenzung des Personenzirkels bringt aber die Regierungsvorlage vor allem eine Einschränkung gegenüber dem Gewerkschaftsentwurf, der mit der Forderung, daß sämtliche Arbeiter, besonders auch die in der Landwirtschaft tätigen, dem Arbeitskammergesetz zu unterstellen seien, einen Einbruch in den Geltungsbereich der Landesgesetzgebung versuchte.

Dieser Standpunkt des Gewerkschaftsentwurfs ist allerdings eine mehr oder weniger natürliche Folge seiner grundsätzlichen Forderung, daß der Aufbau der Arbeitskammer auf gebietlicher Grundlage zu erfolgen habe. Das Bestreben der Gewerkschaften geht offenbar dahin, möglichst zahlreiche und gewichtige Handhaben dafür in die Hand zu bekommen, daß die Arbeitskammer in den Dienst der gewerkschaftlichen Organisationsbestrebungen gestellt und gegebenenfalls als Werkzeug des Wirtschaftskampfes im Sinne der auf dem Gewerkschaftskongress in Köln 1905 geforderten reinen Arbeiterkammern gebraucht werden können. Demgegenüber hält der Regierungsentwurf an dem Standpunkt des Entwurfs von 1910 fest, daß ein sachliches Arbeiten der Arbeitskammern und Erfüllung der ihnen zugewiesenen Aufgaben nur bei beruflichem Aufbau gewährleistet werden kann. Die Regierung glaubt, in den Arbeitskammern eine neutrale Stelle schaffen zu können, an der innerhalb eines Gewerbes oder doch weniger verwandter Gewerbebezüge strittige Fragen, wie sie sich auf dem Gebiet des Tarifwesens, der Arbeiterschutzvorschriften, der Nacharbeiternachweise, der Entlohnung, der Arbeitsbedingungen und sonst aus Interessengegensätzen der beiden Gruppen ergeben können, nur auf sachlicher Grundlage, die allein die erforderliche genaue Sachkenntnis zu bieten vermag und die Gefahr friedenstörender Ein- und Uebergänge poli-

tischer Natur wenigstens einschränkt, zum Austrag gebracht werden können. Immer aber werden Interessengegensätze bestehen bleiben, die einem Ausgleich nicht zugänglich sind. In solchen Fällen haben die beiden Gruppen, wenn eine vorausgegangene gemeinsame Verhandlung ergebnislos geblieben ist, gesondert zu beraten, zu beschließen und ein Gutachten zu erstatten. Da ein Schiedsspruch auch dann abzugeben ist, wenn eine der beiden Parteien nicht erscheint oder nicht verhandelt, kann eine Einigungs-verhandlung nur dann erfolglos bleiben, wenn beim Entgegenstehen der Stimmen sämtlicher Beisitzer der Unternehmer und der Stimmen sämtlicher Beisitzer der Arbeiter der Vorsitzende sich der Stimme enthält. Der Schiedsspruch soll nur moralische Bedeutung haben und nicht vollstreckbar sein. Es setzt das voraus, daß die Verhandlungen der Arbeitskammern in den Abteilungen öffentlich sind. In diesem Punkte folgt der Regierungsentwurf einem Reichstagsbeschlusse von 1910, läßt jedoch für den Fall, daß eine Gefährdung einer der Hauptaufgaben der Arbeitskammern, der Pflege des wirtschaftlichen Friedens durch die Öffentlichkeit der Verhandlung zu besorgen ist, deren Ausschluß durch den Vorsitzenden zu.

Auf dem Gebiete des Einigungs-wesens sollen die Arbeitskammern die Tätigkeit der auf gemischt-beruflicher Grundlage und örtlicher Grundlage beruhenden gewerblichen Einigungsämter ergänzen. Diese werden als eine Art von örtlichem Unterbau aufrechterhalten. Die Regierungsvorlage folgt nicht dem Gewerkschaftsentwurf, der außerdem die für die besonderen Zwecke des Hilfsdienstgesetzes geschaffenen örtlichen Schlichtungsstellen auch für die Friedenszeiten beibehalten will, aber er kommt dahingehenden Wünschen entgegen durch die Bestimmung, daß die Arbeitskammer von Fall zu Fall, insbesondere wenn die an der Streitigkeit beteiligten Arbeiter weit entfernt vom Sitz der Arbeitskammer ihren Wohnsitz haben, örtliche Schlichtungsstellen soll einrichten können. Aufgabe der Einigungsämter ist nicht die Behandlung von Rechtsstreitigkeiten auf Grund des bestehenden Arbeitsvertrags, die Einigungsämter sollen vielmehr um die Verhütung drohender und die Beilegung eingetretener Arbeitsseinstellungen oder Aussperrungen bemüht sein. Bei Arbeitsstreitigkeiten, die sich über das ganze Reichsgebiet erstrecken, können von den Ar-

## Ueber Quarzit im Westerwalde, seine Verwendung und Gewinnung.

Von Bergrat E. Lücke, Dillenburg.

(Schluß.)

Der eigentliche Abbau — die Ausgewinnung des Quarzites — wird erst später, an den hinteren Begrenzungen des jeweils betriebenen Baufeldes oder der Bauabteilung, wo man Räume nicht mehr offen zu halten braucht, von den Seitenstrecken aus, beginnen dürfen; er ist von dort allmählich nach dem vorderen Teile der Grube fortzusetzen. Andere Arbeitsmethoden — etwa schon baldige Fortnahme oder Schwächung von Quarzitpfellern, mitten oder gar vorn in dem Grubenfelde, werden nachteiligen Druck für die Grubenbaue und Gefahr für die Arbeiter und die Anlage herbeiführen.

Die durch Fortnahme des Quarzites entstehenden unterirdischen Höhlräume werden, soweit dieselben nicht noch ferner zu benutzen sind, mit unbrauchbarem Gestein wieder ausgefüllt; außerdem ist überall dort, wo die Sicherheit es erfordert, noch kräftiger Ausbau der Grube in Holz vorzunehmen. Bei weicher bzw. quellender Sohle wird die Zimmerung der Strecken mit Querschwellen (Grundsohlen) versehen.

Sprengarbeit wird bei dem unterirdischen Betriebe, wie bei demjenigen über Tage, nicht zu entbehren sein.

Bei fortgeschrittenen unterirdischen Bauen geschieht die Versorgung derselben mit frischer Luft (die Bewetterung), zumeist auf natürliche Weise, dadurch, daß wenigstens zwei Verbindungen mit der Tagesoberfläche vorhanden sind, die diese, nach Möglichkeit, in verschiedener Höhenlage erreichen.

Es sei angefügt, daß man bei allen Grubenanlagen, Stollenbetriebe und Tiefbauanlagen unterscheiden. Aus den Stollenbetrieben fließen die in die Gruben eindringenden Wassermengen in natürlicher Weise nach den Tälern ab; ferner gelangt darin das Fördergut mit verhältnismäßig geringen Kosten, durch Fortbewegen auf den Stollensohlen, zur Tagesoberfläche. Dagegen müssen die Wasser aus den Tiefbauanlagen, da diese sich unter den Talsohlen befinden, ebenso wie die dort gewonnenen Fördermengen, mit mehr oder weniger beträchtlichen Kosten zur Oberfläche bewegt werden.

Ausgedehntere Gruben müssen zwei von einander getrennte fahrbare Ausgänge nach der Oberfläche besitzen, die, ihrer ganzen Erstreckung wenigstens 30 Meter von einander entfernt, von allen unterirdischen Betriebspunkten jederzeit erreichbar sind und nicht in ein und demselben Gebäude zu Tage ausgehen. Diese Ausgänge

können naturgemäß auch zugleich anderen Zwecken, wie denen der Förderung, Wetterführung und Wasserhaltung, dienen.

Soweit Schächte in Quarzitgruben benötigt werden, wird man die zu ihrem Ausbau meist verwendeten starken Holzrahmen (Schachtgewölbe), zur Verwahrung der Schachtfellen (Schachthölzer) gegen den vielfach in diesen Gruben auftretenden Gebirgsdruck, zweckmäßig dicht auf einander legen (ganze Schrotzimierung).

Wichtig ist es, daß man einen guten Haldensturz vor der unterirdischen Anlage herstellen kann, um die beim Betriebe zu Tage kommenden unhaltigen Massen bequem abzurufen und zugleich benötigte Betriebsmaterialien, wie Grubenholz, Schienen und dergl., leicht erreichbar, lagern zu können.

Die Halden müssen von Wasserläufen soweit entfernt bleiben, daß sie auch bei Flutzeiten nicht abgespült werden können.

Für die im Regierungsbezirk Wiesbaden gelegenen Quarzitbrüche gilt die Polizeiverordnung des Herrn Regierungspräsidenten zu Wiesbaden, betreffend die Anlage und den Betrieb von Gräberlen, Gruben und Bräcken, vom 31. Mai 1907 (m. vergl. das Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Wiesbaden, 1907, Seite 237 ff.).

Für den Betrieb unterirdischer Anlagen seien



beitskammern gemeinschaftliche Einigungsämter errichtet werden. Neben den Einigungsämtern, deren jede Arbeitskammer eines zu errichten hat, werden somit im Laufe der Zeit eine Anzahl sachlich gegliederter Reichseinigungsämter bestehen.

Die Errichtung der Arbeitskammern erfolgt durch den Bundesrat, nachdem zuvor den Berufsvereinen der Arbeitgeber und Arbeiter sowie den öffentlich-rechtlichen Vertretungen von Handel, Industrie und Handwerk Gelegenheit zur Äußerung gegeben ist. Die Mitglieder der Arbeitskammern (nicht unter 20) müssen je zur Hälfte aus den Gruppen der Unternehmer und Arbeiter entnommen werden. Die Kosten der Arbeitskammern werden von den beteiligten Gemeinden getragen, die ihrerseits die ihnen dadurch entstehenden Ausgaben von den Inhabern und Arbeitern der beteiligten Betriebsstätten einzuziehen können.

## freiwillige Sparmetallabgabe.

Auf Veranlassung der Kriegsmetall-A.-G. in Berlin fand am 27. April 1918, vormittags 10½ Uhr, im Sitzungssaal der Handelskammer Wiesbaden eine Besprechung der Vertrauensstellen für freiwillige Sparmetallabgabe der Wiesbadener benachbarten Bezirke statt. An dieser Sitzung nahmen unter dem Vorsitz des Präsidenten der Handelskammer Kommerzienrat F. Fehrer u. a. teil: Major Ritter und Edler von Dettinger als Vertreter der Kriegsamtsstelle Frankfurt a. M., Oberleutnant Weissenbach von der Kriegsmetallstelle Frankfurt a. M., Metallmobilisations-Offizier Geßberger von der Kriegsamtsstelle Frankfurt a. M., Dr. Weigert als Vertreter der Kriegsmetall-A.-G. in Berlin, Magistrats-Baurat Berlit von der Metallammelstelle Wiesbaden, der 2. Vizepräsident der Handelskammer L. D. Jung, sowie die Vertrauensmänner der Vertrauensstelle Wiesbaden. Außerdem waren vertreten die Handelskammer Wiesbaden durch ihren Vorsitzenden H. Carstens, die Handelskammer Mainz, das Kriegsmetallamt der Stadt Mainz, die Handelskammer und die Handelskammer Darmstadt, die kommunale Metallammelstelle Darmstadt, das Kreisamt Bingen a. Rh., die Vertrauensstelle Worms a. Rh. und die Vertrauensstelle Meh. Nach Begrüßung der Erschienenen durch den Vorsitzenden

widerlegte Dr. Weigert die im Publikum vielfach verbreitete und auch durch die Presse erweckte irrtümliche Meinung, daß angesichts der großen Deute der Mittelmächte eine Aufhebung der Verordnung über die Beschlagnahme von Kupfer, Messing usw. möglich sei. Es fand sodann über die Bedarfs- und Beschaffungsfrage der Sparmetalle eine eingehende Besprechung statt, ebenso über die bisherigen Erfolge der Sammelstellen. Im übrigen wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, daß die bei den Handelskammern und Handwerkskammern errichteten Vertrauensstellen sich erneut an die bezirksangehörigen Firmen mit einem weiteren Aufruf um freiwillige Abgabe von Sparmetallen wenden sollen.

Es ist dringend notwendig, daß die Firmen diesem Aufruf im vaterländischen Interesse in weitgehendstem Maße nachkommen und die bei ihnen vorhandenen Bestände an Sparmetallen, ob große oder kleine, soweit sie nicht zur Aufrechterhaltung der Betriebe benötigt werden, zur Anmeldung bringen.

## Staatliche Verbürgung für zweite Hypotheken.

Zur Förderung der Herstellung gesunder Kleinwohnungen übernimmt der Staat nach dem in der letzten Ausgabe der Preuß. Gesetzsammlung veröffentlichten Bürgschaftengesetz vom 10. April 1918 die Bürgschaft für zweite Hypotheken. Hierbei kommen allerdings nur solche Hypotheken in Betracht, die von anderer Seite, sei es aus den Mitteln der Versicherungsanstalten der Arbeiter- und Angestelltenversicherung, oder von Banken oder privater Seite an gemeinnützige Bauvereinigungen und Stiftungen unter Ausschluß der Kündbarkeit auf die Dauer von mindestens 10 Jahren gewährt werden. Das verbürgte Darlehen soll einschl. vorgehender oder gleichstehender Hypotheken 90 vom Hundert der Selbstkosten nicht übersteigen, die der Schuldner für den Erwerb und die bauliche Erschließung des belasteten Grundstücks, für die Errichtung der auf ihm stehenden Baulichkeiten und die Beschaffung ihres Zubehörs aufwendet. In Ausnahmefällen kann die Bürgschaft auch bis zum vollen Betrage der Selbstkosten des Baues ohne Berücksichtigung des Wertes von Grund und Boden gehen. Das verbürgte Darlehen soll mit mindestens 1½ vom Hundert getilgt werden. Sind auch die

dem verbürgten Darlehen im Range vorgehenden Hypothekendarlehen Tilgungshypotheken, so darf die Tilgung des verbürgten Darlehens entprechend herabgesetzt werden.

Zur Deckung der dem Staate aus den Bürgschaftsverträgen erwachsenden Verpflichtungen ist ein Betrag von 10 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden.

## Zur Beruhigung des eisenverarbeitenden Handwerks

schreibt die Handwerkskammer zu Wiesbaden:

„Die fortwährenden Klagen des Handwerks über unzureichende Zuweisung von Eisen an das eisenverarbeitende Handwerk haben den Deutschen Handwerks- und Gewerbe-Kammertag veranlaßt, mit der Rohstahlausgleichsstelle in Berlin Fühlung zu nehmen, um eine Abstellung der Beschwerden auf diesem Gebiete herbeizuführen. Die Verhandlungen haben zur Folge gehabt, daß die Ausgleichsstelle durchgreifende Maßnahmen zur reichlicheren Versorgung des Handwerks mit Eisen getroffen hat. Es wurde bereits eine größere Sondermenge Eisen dem Handel zur Verteilung an das Handwerk zur Verfügung gestellt. Die Lieferungen auf Grund der Zuteilung haben bereits begonnen und sollen etwa innerhalb der nächsten zwei Monate durchgeführt sein.

Neben dieser einmaligen behördlichen Sonderzuweisung bleibt für den Eisenhandel die Möglichkeit, sich wie bisher, auch selbst auf Grund von Bezugsscheinen mit Eisen zu versorgen, bestehen.

Sodann ist der Handel nochmals auf die Wichtigkeit hingewiesen worden, welche der Belieferung des Handwerks, besonders der Schmiedemeister, welche im allgemeinen in erster Linie für die Reparaturbedürfnisse der Landwirtschaft arbeiten, beizumessen ist, mit dem gleichzeitigen dringenden Ersuchen, diesen Forderungen größere Aufmerksamkeit zuzuwenden, als es bisher zum Teil geschehen ist. Unter Umständen sollen Kleinauforderungen des Handwerks denjenigen der Rüstungsindustrie vorgezogen werden. Da seitens des Handwerks darüber geklagt wurde, daß der Handel auch bei Bezug von Kleinbedarf an Eisen und Stahl eidesstattliche Erklärungen verlangt, welche ein Handwerker auf Grund der bestehenden Bestimmungen nicht immer geben kann, ist dem Handel geurteilt, einzelne Stangen Eisen oder einzelne Tafeln Bleche usw., die für laufende Reparaturen an Gegenständen des täglichen Bedarfs benötigt werden, ohne eidesstattliche Er-

daraus nachstehende Bestimmungen besonders hervorgehoben:

„Der Betrieb unterirdischer Anlagen darf nur von einer Person geführt werden, die im Besitze eines Befähigungszeugnisses ist. Die Befähigung ist vor einem königlichen Bergrevierbeamten nachzuweisen. Auf Grund der hierüber erteilten Befähigung stellt die Ortspolizeibehörde das Befähigungszeugnis aus, das im Geltungsbereich dieser Verordnung Gültigkeit hat. Bei Verstößen gegen die Vorschriften dieser Verordnung kann das Zeugnis zurückgezogen werden.“ (§ 3, Absatz 9).

Der Unternehmer eines unterirdischen Bruches hat vor dessen Inbetriebnahme, unter Einreichung einer Beschreibung des beabsichtigten Betriebes, durch Vermittelung der Ortspolizeibehörde, dem Regierungspräsidenten Anzeige zu erstatten. Wenn in der Nähe des Betriebspunktes Gebäude, Eisenbahnen oder öffentliche Wege vorhanden sind, so ist der Anzeige ein doppelter Lageplan (Auszug aus der Katasterkarte) und ein Grund- und Profilkreis der etwa schon vorhandenen Baue beizufügen. Der Unternehmer eines unterirdischen Bruches ist verpflichtet, ein Grubenbild in zwei Ausführungen durch einen konfessionierten Kartographen anfertigen und regelmäßig, mindestens einmal jährlich, nachtragen zu lassen. Aus dem Grubenbilde muß auch die Lage der Tages-

gegenstände in ihrem Verhältnis zu den Grubenbauen ersichtlich sein.

Die Ausfertigung des Grubenbildes muß von der Ortspolizeibehörde, die andere auf der Anlage oder, falls es daselbst an einem geeigneten Orte fehlt, von dem Betriebsleiter aufbewahrt werden.

Bei Einstellung des Betriebes unterirdischer Anlagen ist das Grubenbild vollständig nachzutragen.“ (§ 4, Absatz 2 bis 4).

Der § 22 a. a. O. besagt u. a. folgendes:

- a) die Beschäftigung von weiblichen Arbeitern unter Tage ist untersagt;
- b) die Baue sind nach den Regeln des Bergbaues zu führen, und, wo nötig ist, zur Sicherheit der Arbeiter gegen Zusammenbruch der Strecken und Schächte ordnungsmäßig zu stützen;
- c) Schächte sind, soweit sie nicht zur Förderung dienen, gegen das Herabstürzen von Personen durch feste Umzäunungen von mindestens zwei Meter Höhe zu sichern.

An Fördererschächten sind selbsttätige Schachtverschlüsse an der Hängebank und an der Sohle anzubringen.

- d) Für die Einfahrt der Arbeiter durch einen Schacht ist ein ordnungsgemäß, mit Ruhe-

bühnen versehener Fahrstuhl herzustellen. Das Fahren am Seil oder auf der Förderseile ist untersagt.“

Neben den etwa auf Grund der Vorschriften der Gewerbeordnung erforderlichen Aushängen, sowie neben den Bekanntmachungen bezw. Anordnungen der Steinbruchsberufsgenossenschaft, ist in den Unterkunftsräumen für die Belegschaft der Quarzitbrüche jeweils die Bekanntmachung vom 31. Mai 1909 für den Betrieb der Steinbrüche und Steinhauereien (Steinmetzbetriebe)

— zu beziehen u. a. von der Firma Carl Heymanns Verlag in Berlin W. 8, (Mauerstraße 43/44) — auszuhängen.

Die im § 20, Abs. 1 und 2, oben gedachter Polizeiverordnung vom 31. Mai 1907 bezeichneten Zeichenbücher sind auf den Anlagen zu halten. Diesen Zeichenbüchern muß je ein Druckstück der angegebenen Polizeiverordnung nebst den auf sie bezüglichen Bekanntmachungen vorgeheftet sein.

Gerade der Quarzit des Westerwaldes ist ein für die Bereitung feuerfester Materialien besonders geschätzter und daher sehr gesuchter Rohstoff.

Möge die bereits jetzt recht namhafte Quarzitgewinnung im Westerwalde stetig zunehmen, zum Nutzen unserer deutschen Industrie und zum Wohle des schönen Westerwaldgebietes.



Nahrung an das Handwerk abzugeben. Sämtliche Kriegsamtsstellen und Nebenstellen, die Lebedienststellen, die Kriegswirtschaftsämter und Nebenämter sind von diesen Maßnahmen der Rohstahlausgleichstelle unterrichtet worden.

Sollten gleichwohl noch ernste Beschwerden wegen ungenügender Belieferung des Handwerks mit Eisen übrig bleiben, so wird den betroffenen Handwertern empfohlen, sich ausschließlich mit ihren zuständigen Kammern ins Benehmen zu setzen. Der Handwerks- und Gewerbetag wird entsprechend den Wünschen der Kammer in steter Fühlung mit der Rohstahlausgleichstelle und dem Deutschen Stahlbund auf Abhilfe berechtigter Klagen bedacht sein.

Die Handwerker dürfen aber nicht vergessen, daß wie seit fast vier Jahren ein Krieg führt, der einen riesigen Verbrauch an Eisen bedingt, daß man unsere Truppen mit Kampfmitteln nicht im Stiche lassen darf und daß infolgedessen gewisse Beschwerlichkeiten und Unzulänglichkeiten in der Versorgung der Heimat stillschweigend und gern hingenommen werden müssen. Nur wirklich ernste und schwerwiegende Klagen soll man bei den Kammern vorbringen.

## Der Ersatz wichtiger Nuthölzer.

Der Bedarf an Hölzern ist unter dem Einfluß des Krieges in Deutschland und Österreich sehr groß geworden und wird noch dauernd anwachsen. Infolge des starken Verbrauchs und des starken Erschwerens der Zufuhr von außen trat jedoch ein Mangel an bestimmten Hölzern auf; für diese mußte Ersatz durch andere, ähnlich geartete oder für den gewünschten Zweck geeignete gesucht werden. Vor allem galt es, für die überseeischen Hölzer einen Ersatz zu schaffen, soweit nicht alte Vorräte über die Not hinweghelfen. Da kam die heimische Eiche und die imprägnierte Buche zur Geltung; für das vielverwendete Pitt-pine-Holz trat schwedische und ostpreussische Kiefer, auch Lärche, ein. Das sonst im Wagenbau unentbehrlich erscheinende Hickory-Holz fand in der weißen, kernlosen Esche einen vollwertigen Vertreter; zu Nadelspitzen wird neben dem Holz der Esche das der Eiche und Kiefer, auch der Ulme und Rothbuche verwendet. Den Zündholzfabriken fehlt die russische Alpe, jetzt liefert vornehmlich die Fichte in astreinen Ausschnitten das Material für den Zündholzdraht, die Buche für die Schachtelchen. Die Weymouthskiefer, deren Holz sich besonders zu Zündhölzern eignet, ist in älteren Beständen in Mitteleuropa noch zu wenig vertreten, um die Lücke ausfüllen zu können. — Auch die Ansprüche hinsichtlich Herkunft und Güte der Hölzer mußten erheblich herabgemindert werden. Schweden hat, auf den Ruf der nordischen Ware pochend, die Preise derart hinaufgesetzt, daß sich die deutschen Verbraucher für die billigere heimische Kiefer entschieden. Die Papierfabriken nehmen jetzt Nadelholz beliebiger Stärke, auch astiges, wenn es nur gesund ist; noch weniger wählerisch sind die Gruben. Der Schluß ist nahelegend, daß mit der Länge des Krieges auch das Suchen und höhere Bewerten von Ersatzhölzern für seltene Hölzer wachsen wird, und manche, einst wenig geachtete Holzart, die jetzt in die Werkstätten Eingang gefunden hat, wird noch lange Zeit nach dem Kriege ein Gegenstand des Handels bleiben. Aufgabe der Technik wird es sein, Ersatz für fehlende Holzarten zu suchen, sowie durch sparsames Verwenden des Holzes und Verwerten auch der Abfälle den Bestand zu schonen. Hingegen wird es Aufgabe der Forstwirtschaft sein, durch zweckmäßige Waldkultur den Bestand an Nuthölzern zu vergrößern. In dieser Hinsicht wird die Forstwirtschaft viel aus den Erfahrungen des Krieges lernen müssen. Wenn bisher die Begründung von Mischbeständen, insbesondere aber der Anbau von Laubhölzern aus waldbaulichen

Gründen empfohlen wurde, so wird diese Aufgabe in Zukunft zur vaterländischen Pflicht und zugleich zur Grundlage steigender Walderträge. Die beliebte Ausrottung der Buche zugunsten der Fichte muß aufhören. Die Buche ist das einzige Hartholz, das in Mitteleuropa in Fülle noch vorkommt, sie ist unsere Hoffnung für die Zukunft. Der Anpflanzung von Eichen, auch auf Böden mittlerer Güte, der möglichen Verbreitung der oft als „Forstunkräuter“ angesehenen Birke und Aspe und endlich der Anpflanzung der rasch wachsenden Esche wird erhöhtes Augenmerk zuzuwenden sein.

## Vorsicht in Rechtsangelegenheiten.

Gar manche Kriegerehefrau und Kriegervitue muß jetzt Angelegenheiten besorgen, denen sie bislang fernstand. Vor allem die Besorgung von Rechtsangelegenheiten ist den meisten ein fremdes, wenig vertrautes Gebiet, aber gerade in diesen Dingen ist Vorsicht besonders notwendig. Eine einzige Unterschrift kann die größten Schwierigkeiten und Nachteile zur Folge haben. Zahlreiche Schwindelfirmen schiden ihre Reisenden aus, um die Unterschrift insbesondere von Frauen, zu erlangen und hernach aufgrund der Unterschrift erbarmungslos die in dem Schriftstück vorgesehenen, oft sehr weitgehenden Verpflichtungen geltend zu machen. Daher:

1. **Hütet Euch vor den Schwindelfirmen.** Bestellt nicht bei Vertretern unbekannter auswärtiger Geschäfte, auch wenn sie sich durch glatte Worte einführen und vorgeben, Euer Bestes zu wollen.

2. **Holt in allen Rechtsangelegenheiten, die Ihr nicht genügend überseht, rechtzeitig zuverlässigen Rechtsrat ein.**

Minderbemittelten gewähren die öffentlichen Rechtsauskunftsstellen und mancherlei sonstige Rechtsberatungseinrichtungen wie die Geschäftsstellen der Kreisverbände für Handwerk und Gewerbe unentgeltlich Rechtsrat und Rechtshilfe.

3. **Hütet Euch vor den Winkeladvokaten,** denen es zumeist an hinreichender juristischer Vorbildung fehlt, die Euch daher gar leicht mehr schaden, als nützen, die Euch aber viel Geld abnehmen.

4. **Vermeidet nach Möglichkeit die Anstrengung von Prozessen.**

Wer in einen Rechtsstreit verwickelt ist, laufe nicht sogleich zum Gericht, um einen Prozeß anzustrengen. Zunächst muß eine geeignete Stelle (Rechtsauskunftsstelle, Einigungsamt oder Schiedsmann oder die Geschäftsstelle des Kreisverbandes) die gütliche Beilegung des Streites versuchen. Der zumeist langwierige und teure Prozeß darf nur das letzte Mittel zur Austragung von Rechtsstreitigkeiten sein, zumal jetzt im Kriege.

Eine vortreffliche Warnung vor Schwindelfirmen hat kürzlich der Verband der Rechtsauskunftsstellen, Lübeck, Parade 1, herausgegeben (gegen Einsendung von 20 Pfennig durch genannten Verband erhältlich); derselbe Verband hat auch eine Sammlung rechtsbelehrender Schriften und mehrere zuverlässige Merkblätter über Kriegsrechtsfragen veröffentlicht.

## Genossenschaftliches.

**Gründung einer Reichszentrale deutscher Wädergenossenschaften e. G. m. b. H.**

Die „Germania“, Zentralverband Deutscher Wäderrinnungen hatte im Anschluß an den Zentralverbandstag den ersten deutschen Wädergenossenschaftstag zum 25. April nach Berlin einberufen. Der Verbandstag war sehr gut besucht, die zurzeit bestehenden etwa 360 Wädergenossenschaften waren zum größten Teil vertreten. Auch der Allgemeine Verband und der Hauptverband waren anwesend. Nach Be-

grüßungsworten durch den Verbandspräsidenten Bernhard wies der Vorsitzende des Zweigverbandes Baden, Ehrenobermeister Wagner-Worzhelm auf die Notwendigkeit genossenschaftlichen Zusammenschlusses im Wäderrhandwerk hin. Generalsekretär Dreows erstattete einen ausführlichen Bericht über die bisherige Entwicklung des Genossenschaftswesens im Germania-Verband. An die Vorträge schloß sich eine lebhafte Aussprache, die ergab, daß die Anwesenden von dem Wert und der Notwendigkeit der genossenschaftlichen Organisation überzeugt waren. Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete die Errichtung einer Reichszentrale. Die Errichtung wurde einstimmig, und zwar in der Form einer eingetragenen Genossenschaft m. b. H. beschlossen und die Gründung alsbald vollzogen. Als Gegenstand des Unternehmens sind u. a. in Aussicht genommen: Gemeinschaftlicher Großeinkauf, die Verstellung und Verkauf der zum Betriebe des Wäderr-, des Konbitorgerwerbes und verwandter Gewerbe erforderlichen Rohstoffe, halb- und ganzfertiger Waren, sowie der Maschinen, Geräte und sonstigen Bedarfsartikel; ferner die Vertretung der Wirtschaftsinteressen der genannten Gewerbe gegenüber Lieferanten und deren Organisationen, sowie Wahrnehmung gemeinschaftlicher Wirtschaftsinteressen bei Parlamenten und Behörden.

## Staatliche Leimversorgung.

Die Verbaucher von Leim und anderen Klebstoffen, insbesondere die Schreiner-, Wagner-, Maler-, Buchbinder- und Tapezierermeister, werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Bedarfsanmeldungen für Leim usw. für den 5. Versorgungsabschnitt (Juli–September) vom 1. bis 15. Juni zu bewirken sind. Innerhalb der Kreise Wiesbaden (Land), Untertaunus, Wetterburg und Oberwesterwald sind die nötigen Anmeldevordrucke unverzüglich bei den bekannten Vertrauensmännern oder den Vorsitzenden der Gewerbevereine anzumelden, damit diese sich rechtzeitig in den Besitz der Anmeldeformulare setzen können. In den anderen Kreisen erfolgt die Ausgabe der Anmeldevordrucke unmittelbar durch die zuständige Ortsstelle bzw. die Geschäftsstelle des Kreisverbandes für Handwerk und Gewerbe.

## Handwerkskammer Wiesbaden.

### Bekanntmachung.

Die Prüfung über die Befähigung zum Betriebe des Fußbeschlaggewerbes für das Jahr 1918 findet wie folgt, statt:

am 22. Juni.  
28. September.  
21. Dezember.

Meldungen zur Prüfung sind an den Herrn Regierungs- und Geheimen Veterinärarzt Peters in Wiesbaden, Adelsstr. Nr. 88, welcher der Vorsitzende der Kommission ist, zu richten. Der Meldung sind beizufügen:

1. der Geburtschein;
2. etwaige Zeugnisse über die erlangte technische Ausbildung;
3. eine Bescheinigung der Ortspolizeibehörde über den Aufenthalt während der drei letzten Monate vor der Meldung;
4. eine Erklärung darüber, ob und beabsichtigt falls wann und wo der sich Meldende schon einmal erfolglos einer Fußschmiedepflichtprüfung unterzogen hat, und wie lange er nach diesem Zeitpunkt — was durch Zeugnisse nachzuweisen ist — berufsmäßig tätig gewesen ist;
5. die Prüfungsgebühr von 10 Mark nebst 5 Bg. Postbestellgeld.

Bei der Vorladung zum Prüfungstermin wird den Interessenten Zeit und Ort der Prüfung mitgeteilt werden.

Die Prüfungsordnung für Fußschmiede ist im Regierungs-Amtsblatt von 1904, Seite 496/98 und im Frankfurter Amtsblatt von 1904, Seite 443/44 abgedruckt.

Wiesbaden, den 4. Januar 1918.

Der Regierungspräsident:  
J. B. gez. v. Witzki.

## Frischluft = Ventilator

neu, Wechselstrom, 120 Volt, 300 mm Flügel Durchmesser für Wirtschaft oder Saal geeignet, verkauft  
Philipp Schneider, Friesheim a. Main.